

Haushaltsrede 2023

gehalten am 1. März 2023

von Elisabeth Kramer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!
In diesem Jahr hat sich vieles in unseren Leben wieder normalisiert, auch wenn wir den Haushalt wieder nicht aus dem Ratssaal heraus verabschieden. Wir bleiben noch eine Weile vorsichtig, das ist sinnvoll.

Uns geht es in dieser Rede vorwiegend um ein klimafestes Weinheim – wir müssen gleichzeitig den Klimawandel bremsen und uns vor den unabweislichen Folgen schützen. Wir erinnern uns dabei an die Neujahrsrede unseres Oberbürgermeisters. Er sprach vom Klimawandel so drastisch, von der Überschwemmung im Ahrtal, von der Dürre und Hitze im Sommer – da waren wir überzeugt, dass nun konkrete Schritte genannt würden. Es kam aber nur die Hoffnung – und das mehrfach.

Natürlich brauchen wir die Hoffnung. Aber sie sollte begründet sein. Begründet auf konkreten Maßnahmen, die von der Verwaltung realisiert werden, nachdem personell im Klimabereich aufgestockt wurde und noch wird – wir freuen uns auf die Person, die für eine klimaneutrale Verwaltung sorgen wird. Dringend nötig – und ohne die entsprechende Landesförderung wohl nicht realisiert. Wir brauchen diese Förderprogramme, sie dienen nicht der Gängelung, sie sind eine sinnvolle Hilfe zur kommunalen Klimaneutralität.

Wir haben große Aufgaben vor uns, nicht nur wegen der Herausforderungen im Klimabereich. Es ist tatsächlich ein großer Haushalt, den wir verabschieden. Zum zweiten Mal in Folge liegt der Gesamtfinanzhaushalt mit Einnahmen wie Ausgaben bei etwa 150 Millionen Euro, deutlich mehr als noch vor wenigen Jahren. Und das ist nicht nur der Inflation geschuldet. Der Umfang spricht für die bislang gestiegene Leistungsfähigkeit der Stadt und ebenso für die immer umfangreicheren Aufgaben, die die Stadt erfüllen muss - oder auch - erfüllen will.

Für uns allerdings liegt das Gewicht noch zu wenig bei den notwendigen **Investitionen in Richtung Klimaneutralität**, zu der wir uns ja verpflichtet haben. Ich erinnere an die Zukunftswerkstatt – sie kostete uns immerhin 360 000 Euro, verteilt auf das vergangene und das vorvergangene Jahr. Es gab viel Engagement von Seiten der ausgelosten Bürger*innen, das sollte sich nun auch niederschlagen in unseren gemeinsamen Anstrengungen hier in Weinheim. Im Schutz unserer Böden – für Klima und Landwirtschaft, für eine nachhaltige Mobilität, wie sie in der Zukunftswerkstatt deutlich gefordert wurde.

Klimaschutz funktioniert eben nicht einfach dann, wenn alle privat das Richtige tun. Es braucht zusätzliche politische Steuerungen, und zwar auf allen Ebenen, auch auf der kommunalen Ebene.

Zumal alles, was wir dem Klima zuliebe tun, also um den CO₂-Ausstoß zu verringern, künftig unsere Finanzen entlasten wird. Denn bei aller Energiepreisbremse – Energie wird weiterhin teuer bleiben und teurer werden. Es ist ein großer Haushalt mit vielen sinnvollen Investitionen, die jetzt zusätzlich auf außergewöhnliche Zeiten treffen. Somit wären **Investitionen** für eine bessere Gebäudeisolierung noch dringender. Wir sehen hier großen Nachholbedarf. Wir hätten hier gerne Fenstererneuerung der Stadtbibliothek dabei gehabt. Da geht es um deutliche Energieeinsparungen und auch das Wohlbefinden der dortigen Besucher*innen. Aber nun wurde uns eine **Prioritätenliste versprochen**, nach der städtische Gebäude saniert werden sollen, so auch die Fenster unserer Stadtbibliothek. Wir sind gespannt, wann diese Liste kommt.

Zu den größten Ausgaben im Haushalt 2023 gehört die langersehnte Sanierung der Sporthalle der Dietrich-Bonhoeffer-Schule. In diesem Jahr sind 2,4 Millionen Euro dafür veranschlagt. 2024 werden weitere 3,45 Millionen Euro benötigt. Wir freuen uns auf die Schulhofumgestaltung der Pestalozzi Schule. Für Planung und Neubau der Kita am Markusturm werden knapp 4,4 Millionen Euro fällig, eine satte Million mehr als ursprünglich veranschlagt. Aber auch die neue Sport-Kita wird deutlich teurer als ursprünglich geplant, 7,63 Mio. € statt ursprünglich 4,23 Mio. €. Dabei wäre der Bedarf zur Kinderbetreuung durchaus auch anders und günstiger zu decken. Hier hätte man sparen können.

Bei der vielbeschworenen „**nachhaltigen Mobilität**“ geht es um mehr als um die CO₂-Ersparnis. Erreicht wird mit der Förderung des Rad- und Fußgängerverkehrs auch mehr Gesundheitsschutz durch eine bessere Luftqualität, durch geringeren Lärm und insgesamt eine verminderte Hektik.

Auf dieser Grundlage basierten unsere Anträge in Richtung verbessertem Rad- und Fußgängerverkehr. Zusammen mit der SPD wollten wir die Mittel dafür verdoppeln. Es gab viel Zustimmung dafür, die Einsicht ist also vorhanden. Weinheim ist schließlich Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgängerfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg e.V. AGFK-BW und daher verpflichtet, in diesem Bereich für deutliche Verbesserungen zu sorgen. Hier müssen wir dann Rechenschaft ablegen, das werden wir verfolgen. Mal sehen, ob wir am Ende des Jahres zumindest einen Teil der Ziele erfüllen. Ein langer Katalog von sinnvollen Maßnahmen liegt bei den Stadtplanern.

Inzwischen sind immerhin die ersten beiden **Radabstellanlagen** aufgestellt, z.B. unterhalb der Laurentiuskirche – da passen jetzt mindestens 8 Räder auf einen früheren Auto-Abstellplatz. Zwei weitere kommen noch in diesem Jahr, eine fünfte ist noch in Diskussion. Den Beschluss dazu gab vor über drei Jahren, Mittel und Planungen gibt es seit 2021. Das dient der Erleichterung und auch der Ermutigung des Radverkehrs.

Wir sind erstaunt, wie lange so etwas dauert. Da gibt es natürlich die Schwierigkeiten bei der Bezuschussung. Material und Arbeitskräfte sind auch nicht gleich zur Hand. So werden allerdings Radelnde entmutigt, weitere Verbesserungen zu fordern. Und da gibt es vieles zu verbessern.

Auch unsere Anträge zum Suezkanalweg und zum Gehwegparken hatten zum Ziel, den schwächeren Verkehrsteilnehmern mehr Sicherheit zu bieten. Die Anträge sind zwar abgelehnt worden. Wir sind aber sicher, dass die Botschaft von vielen hier und auch in der Stadt hier verstanden wurde. Wir wollen den Autoverkehr nicht ausbremsen, aber so gestalten, dass Radfahrende und zu-Fuß-Gehende ein sicheres Umfeld bekommen.

Gerade die **Zukunftswerkstatt** hat gezeigt, dass sich die Menschen bessere Bedingungen wünschen, um in Weinheim auch ohne Auto mobil zu sein. Offenbar waren unsere milden Anträge schon zu unbequem. Die Diskussionen im Gemeinderat haben uns gezeigt, wie schwer sich hier leider viele damit tun. Da können wir nur raten, übermorgen – am Freitag - zur FfF-Demo zu gehen, und hören, was junge Menschen dazu sagen.

Wie auch bei anderen Projekten, die wir im GR beantragt haben, werden wir weiter dran bleiben. Umzusetzen ist schließlich die **Mehrwegangebotspflicht** in Restaurants, Cafés, Tankstellen. Unser HH-Antrag zu diesem Thema sollte den Anbietern von städtischer Seite Hilfe gewähren für eine möglichst gemeinsame Lösung, das war vom GR nicht gewollt. Nun gut, jetzt müssen wir hoffen, dass die Gastronomen selbst Lösungen finden. Schließlich drohen empfindliche Strafen, wenn diese Pflicht zum Mehrwegangebot missachtet wird. Bis zu 100.000,00 Euro Bußgeld können fällig werden, nachzulesen im Verpackungsgesetz mit Bußgeldkatalog. Dabei ist die Angebotspflicht seit Beginn dieses Jahres in Kraft, bekanntgemacht wurde es vor über einem Jahr. Das ist vielen Konsument*innen nicht bewusst und wird von Essens- und Getränkeanbietern verdrängt. Dabei ist am Ort der To-Go-Angebote auf die Mehrwegmöglichkeit hinzuweisen, alles nachzulesen beim Bundesministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft. Wir werden beobachten und eventuell Hilfen vermitteln.

Soziale Infrastruktur in Weinheim

Es ist gut, dass im Haushalt €12.000,- für die Tafel und eine regelmäßige Förderung (als Defizitausgleich) für die Kleiderkammer verankert sind. Beides wollen wir, weil es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt notwendig ist.

Für die Gud Stubb, die vom Café Wohnzimmer angeboten wird, gibt es lediglich einen einmaligen Zuschuss von €1500,-.

Was fehlt ist eine strukturelle Förderung von solchen Angeboten, die ein Miteinander ermöglichen und als niederschwellig zugängliche Treffpunkte fungieren können.

Für die **Wohnraumvermittlung** braucht es Haushaltsmittel. Notwendige personelle wie auch finanzielle Ressourcen sind derzeit nicht gegeben, um auch proaktiv in die Vermittlung von Wohnungen zu gehen. Das können wir nachvollziehen. Aber sie werden notwendig werden, um bald handeln zu können und menschenwürdige Wohnverhältnisse schaffen zu können. An Stelle von kurzfristigen, teuren und nicht akzeptablen Unterbringungen.

Auch Stiftungen sind zur finanziellen Unterstützung bei der Bewältigung dieser Herausforderung anzufragen. Die Diakonie als Wohlfahrtsverband wäre für Koordination und Begleitung des Prozesses der Wohnraumvermittlung entsprechend finanziell auszustatten.

Beim **Neubau der Kita Kuhweid** ist uns wichtig, dass er zügig realisiert wird. Die Kinder brauchen möglichst bald wieder eine gut ausgebaute Umgebung, die Belastung des Provisoriums für das Personal soll bald ein Ende haben.

Wir gehen davon aus, dass der Betrag von 500 000 Euro, der für 2022 im HH steht, nun übertragen wird in dieses Jahr und auch der Planung und Vorbereitung dient des Komplexes aus Kita-Kuhweid und **MGH**. Dazu gehört auch die Planung von Wohneinheiten auf diesem Grundstück – nicht unbedingt im gleichen Gebäude. Dadurch ergeben sich Chancen, auch soziale Aspekte und Möglichkeiten des gemeinschaftlichen Wohnens zu berücksichtigen.

In einer interessanten Stellungnahme von Seiten Allmendix ist dargelegt, dass eine Planung, die auch gemeinschaftliche Wohnformen mit plant und ermöglicht, keine Verzögerung für die Kita bedeuten wird. Der Mehraufwand besteht nur darin, in der Ausschreibung von den Investoren eine Variante einzufordern, die einen Komplex von 18 - 20 Wohneinheiten darstellt, also einen Wohnungsmix großer und kleiner Wohnungen mit Gemeinschaftsraum oder -räumen. Ohne diesen Schritt, ohne Ansatzpunkte für gemeinschaftliche Wohnformen, wird sich das haushaltstechnisch in den kommenden Jahren als Kosten für den Aufbau sozialer Unterstützungsangebote niederschlagen. Denn der Wert gemeinschaftlicher Wohnprojekte für ihr Umfeld bei der Quartiersbildung sollte nicht unterschätzt werden.

Aber zurück zu unseren **Kinderbetreuungseinrichtungen**:

Hier sind konstruktive Lösungen gefragt, um dem Fachkräftemangel auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken. Einschränkung der Öffnungszeiten und personalbedingte Schließungen sollten vermieden werden, im Sinne der Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Job und Familie.

Zu unserem sozialen Umfeld gehört auch die Feuerwehr:

Obwohl längst zugesichert, liegt ein Konzept zur Stärkung des Ehrenamtes bei der Freiwilligen Feuerwehr bislang noch nicht vor. Wir lassen die Verwaltung da nicht aus der Verantwortung! Schließlich soll nicht nur der berufliche Teil der Feuerwehr personell gestärkt werden, sondern auch der ehrenamtliche Teil ist von Bedeutung.

Jugend:

Jugendliche brauchen abseits der Schule und kommerziellen Plätzen (Clubs, Bars, Vereine etc.) (Frei-)Räume für ihre eigene Entfaltung. So ist zwar ein Jugendhaus oder Jugendzentrum ist seit Jahren ein Thema. Wir sehen es positiv, dass sich der Oberbürgermeister der Relevanz bewusst ist und das Thema im Rahmen seiner Rede beim Neujahrsempfang platziert hat. "Ich glaube, ein Jugendhaus ist lange überfällig," war in der Zeitung zu lesen. Nun warten wir auf Konkretes.

Wir sind froh, dass der SJR gute Arbeit leistet in den Bereichen Jugendbeteiligung, Demokratiebildung und auch Einzelfallhilfe. Aber auch er wünscht sich ein Jugendzentrum, um seine Arbeit breiter gestalten zu können.

Gegen Ende noch ein paar Betrachtungen zu den großen Zahlen:

Zunächst zum Schuldenstand:

Der Schuldenstand von 27.420.000 € zu Beginn dieses Jahres soll durch ordentliche Tilgungen zurückgeführt werden, auf 25.860.000 € am 31.12.2023.

Das ist gut so. Vor allem in Hinblick auf die Zukunft, wo möglicherweise neue Kredite notwendig werden.

Allerdings gibt es jetzt schon große Veränderung, die uns erst neu bekannt

wurde: Die erhofften Einnahmen durch den Verkauf der großen Grundstücke in den Allmendäckern bleiben in diesem Jahr aus. Erwartet wurde ein „Sonderergebnis“ von über 11 Mio. €, aber die Einnahmen von insgesamt über 17 Mio. € sind nun erst in den kommenden Jahren zu erwarten. Also fällt dieses Sonderergebnis weg.

Aber der Haushalt bleibt doch stabil, erfreulicher- und erstaunlicherweise. Das zeigt: Wir sollten tatsächlich auf solche Grundstücksverkäufe nicht zu sehr angewiesen sein – unser Grundbesitz ist so ziemlich am Ende.

Angewiesen sind wir natürlich auf unsere Steuereinnahmen, so auch auf die Grundsteuer. Da wird es interessante Diskussionen geben, wie denn angesichts der

neuen Grundstücksbewertungen unser Hebesatz so verändert wird, dass die vielbeschworene Aufkommensneutralität erhalten bleibt. Aber das kommt erst noch.

Neben den Zuweisungen sind wir auch auf die **Gewerbesteuer** angewiesen. Das ist nun leider der volatilste Anteil an unseren Einnahmen. Schon 2022 hatten wir gestiegene Einnahmen verzeichnet. Jetzt werden für 2023 Gewerbesteuereinnahmen von 42 Mio. Euro erwartet, vorher waren noch 38 Mio. Euro erwartet worden. Die starken Schwankungen auch der vergangenen Jahre sind vorwiegend konjunkturell bedingt – wir haben hier nur einen geringen Einfluss.

Und zu glauben, wir könnten mit größeren Gewerbeflächen dann auch unsere Einnahmen verbessern oder auch nur verstetigen, dieser Behauptung folgen inzwischen auch viele in unserer Bürgerschaft nicht und haben daher für einen Bürgerentscheid votiert. Unsere Landschaft und unsere Landwirtschaft sollte keinen unsoliden Versprechungen geopfert werden. Wir werden dazu demnächst noch einiges vorlegen.

Denn wir wollen wie viele andere die Hintere Molt erhalten, auch um uns vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Die Temperaturen in der näheren Umgebung würden um bis zu 3 Grad steigen, das haben Gutachter festgestellt. Wir freuen uns ja auf den Sommer, auf höhere Temperaturen – aber mit zunehmender Versiegelung wird das irgendwann kritisch bis unerträglich.

Wir bedanken uns nun bei allen, die hier in unserer Stadt zu einem guten Klima beitragen.

Damit meinen wir alle, die das umweltpolitisch verstehen, wir meinen aber auch alle, die den sozialen Zusammenhalt bei uns stärken – stellvertretend nenne ich jetzt mal den Weinheimer Mittagstisch, der hat gerade wieder begonnen, der sorgt für ein gutes soziales Klima.

Die GAL-Fraktion stimmt diesem Haushalt zu – nicht mit Euphorie, aber wir sehen viele wichtige Projekte dabei. An manchen Stellen hätte man sparen können, und vor allem die Energie- und Klimapolitik kommt noch deutlich zu kurz. Wir bleiben dran – alle anderen hoffentlich auch.